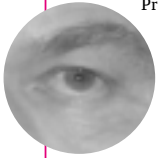


Politik



ProletarierInnen aller
Länder, vereinigt
Euch und jagt die
SPD aus Bochum
raus, damit Cle-
ment hier kein
Heimspiel hat!

Seite 2

Hopo



Bald kann kein Mensch
mehr unbezahlt
studieren. Auch die
letzten Bundes-
länder wollen ab
demnächst Studien-
gebühren einführen

Seite 3

Kultur



Was Karl Kraus mit
Theodor W. Adorno
verbindet und
warum ihre
Kulturkritik auch
heute noch gültig
ist, lest ihr auf

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Streiks gegen Studiengebühren in Hessen Proteste weiten sich aus

Mit Hessen plant nun das letzte größere Bundesland ohne Studiengebühren die Einführung derselben. Am 4. November beschlossen rund 3.000 Studierende an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt den Streik. In allen hessischen Universitätsstädten fanden Proteste statt, allein in Frankfurt gingen bei verschiedenen Demonstrationen 5.000 Studierende auf die Straße. Seit Montag streikt auch die Uni Gießen.

Die hessische Regierung will unter CDU-Rechtsaußen Roland Koch im Zuge der sogenannten „Operation sichere Zukunft“ - die tatsächlich ein brutalstmöglicher Sparprogramm zu Ungunsten der ärmeren Bevölkerungsschichten darstellt - schnell und radikal Studiengebühren einführen. Dem vorliegenden Entwurf eines Hessischen Studienguthabengesetzes (StuGuG) zufolge sollen in Hessen nicht nur, wie in anderen Bundesländern schon, Gebühren für „LangzeitstudentInnen“ und Zweitstudium eingeführt werden, sondern die Gebühren für „LangzeitstudentInnen“ sollen auch noch nach der Dauer der Überschreitung des „Studienguthabens“ gestaffelt werden: Nach

einer Überschreitung um drei bzw. vier Semester werden zunächst 500 Euro, im nächsten Semester bereits 700 und in folgenden Semestern 900 Euro (!) fällig.

Die Pläne der hessischen Landesregierung stoßen auf den Widerstand nicht nur der Studierenden. Neben der LandesAstenkonferenz Hessen lehnten auch die Senate der Uni Kassel, der FH Gießen und der FH Darmstadt sowie die Mehrzahl der hessische HochschulpräsidentInnen die Pläne ab. Diese beschränken sich im übrigen auch keineswegs auf die Einführung der Studiengebühren - gleichzeitig werden die Hochschulen mit einer radikalen Sparpolitik konfrontiert. In der vergangenen Woche fanden an zahlreichen hessischen Hochschulen wie Frankfurt, Marburg oder Gießen Proteste gegen die Pläne der Landesregierung statt.

Währenddessen passiert auch in anderen Bundesländern manches. In Niedersachsen sollen im Zuge einer radikalen Sparpolitik einige gravierende Änderungen passieren, mehr dazu auf Seite 3. In Hamburg fand in der Woche von 20. bis 25. Oktober an der Hoch-

schule für Wirtschaft und Politik (HWP) eine soziale Protestwoche statt, in Berlin streikt die TU Berlin, die von dem Senat geplanten Sparmaßnahmen am härtesten getroffen wird. In Brandenburg gab es am 27. Oktober Proteste gegen die geplanten Kürzungen beim Studiwerk.

Während die Studierenden offensichtlich an den meisten Orten noch glauben, es werde bei den Gebühren für „Langzeitstudierende“ und Zweitstudierende bleiben, von denen die übrigen Studierenden jedoch nicht direkt betroffen wären, haben die PolitikerInnen vieler Parteien inzwischen weitergehende Pläne. Die CDU/CSU ist inzwischen fast geschlossen für allgemeine Studiengebühren vom ersten Semester an. Dem entgegen steht nur noch der Text des Hochschulrahmengesetzes von 2002, durch den allgemeine Studiengebühren bundesweit verboten werden. Sollte die Klage der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt vor dem Bundesverfassungsgericht gegen diese Bestimmung Erfolg haben oder sollte die CDU nach der nächsten Bundestagswahl die Möglichkeit haben, das Hochschulrahmengesetz in ihrem Sinne zu ändern, dürfte es kein Halten mehr geben - in den CDU/CSU-regierten Ländern würden allgemeine Studiengebühren unverzüglich eingeführt. Und ob die SPD-regierten Länder dann noch länger zögern würden, ist nicht anzunehmen - hat sich doch nicht nur zum Beispiel der Berliner SPD-Finanzsenator Sarrazin dafür ausgesprochen, eine größere Anzahl von anderen SPD-PolitikerInnen arbeitet an derartigen Plänen.

Unterstützung aus Bochum

Der AstA der Ruhr-Uni begrüßt und unterstützt die Proteste der hessischen Studierenden. „Die Pläne der hessischen Landesregierung ähneln erschreckend den Vorhaben der nordrhein-westfälischen Landesregierung“, sagte der AstA-Vorsitzende Jan Reinecke. „Auch in Nordrhein-Westfalen waren zunächst 50 Euro Verwaltungsgebühr pro Semester geplant“, so Jan Reinecke weiter. In NRW konnte die Verwaltungsgebühr jedoch durch den Studierendenstreik im Sommersemester 2002 verhindert werden. „Eine weitere Parallele zu unserer Situation ist, dass das Geld in Hessen ebenfalls in den Landeshaushalt fließen soll und keineswegs den Unis zugute kommt.“ Auch in Hessen werden die Studiengebühren unter der irreführenden Bezeichnung „Studienguthaben“ eingeführt. In Bochum ist für den 3. Dezember im HZO 10 eine Vollversammlung geplant, weitere Informationen finden sich unter www.asta-bochum.de

Der Bochumer AstA möchte auch den SPD-Parteitag in der kommenden Woche für Proteste nutzen: „Den KollegInnen in Hessen wünschen wir viel Erfolg beim Kampf gegen die Gebührenpläne der CDU. Für Bochum rufen wir dazu auf, dem Protest gegen Studiengebühren und anderen Sozialabbau am 17. November vor dem Congress-Center beim SPD-Parteitag lautstark Ausdruck zu verleihen.“ Mehr zu den Protesten in Bochum auf Seite 2.

hai

:bochum in kürze

Sonder-VV des Autonomen Schwulenreferats

Das Autonome Schwulenreferat lädt zur Sonder-Vollversammlung am Donnerstag, 20. November 2003, um 14 Uhr ein (Studierendenhaus, AstA-Flur, Raum 014). Grund für die Sonder-Vollversammlung ist der Vorschlag, die Satzung bezüglich des Wahltermines der Referenten zu ändern. Es soll über einen Antrag abgestimmt werden, der beinhaltet, dass die Wahlen immer am Ende der Vorlesungszeit des Sommersemesters stattfinden sollen. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Fortsetzung auf Seite 3



Villa Kunterbunt von Polizei gestürmt Hausdurchsuchung mit Biss

Seit Jahren existiert in Bochum-Langendreer das Wohnprojekt „Villa Kunterbunt“. Das dazugehörige Haus war in den 80er Jahren von politischen AktivistInnen besetzt worden. Nach jahrelanger Besetzung wurden die Wohnverhältnisse inzwischen legalisiert und die „Villa Kunterbunt“ hat sich in den Jahren zu einem bekannten alternativen Wohnprojekt entwickelt. Nun könnte man annehmen, dass die BewohnerInnen öfters Probleme mit der Staatsgewalt haben, da es ja ein weit verbreitetes Vorurteil ist, dass Linke sich nicht benehmen können. Doch waren solche Probleme in der Villa bisher nicht bekannt. Dies änderte sich allerdings im Zuge einer kleinen, friedlichen Party, die die BewohnerInnen am 2. November feierten.

Im Zuge dieser Party kam es zu skandalösen Polizeiübergriffen, die wir im Folgenden dokumentieren. Anlässlich der von der WAZ bereits kommentierten abgedruckten Presseerklärung hier ein

anders anklingendes Gedächtnisprotokoll der Geschehnisse.

„Am Morgen des 2. Novembers um ca. 5.30 wurden zwei Beamte der Bochumer Polizei von NachbarInnen zur Wohngemeinschaft der Villa Kunterbunt gerufen, um dort für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Offensichtlich wurden sie von den noch anwesenden Partygästen nicht herzlich genug empfangen, die zwar kooperativ genug die Musik leiser stellten, aber sich ansonsten recht unbeeindruckt von der Anwesenheit der Ordnungshüter zeigten. Die beiden jungen Beamten fühlten sich offensichtlich von der Situation total überfordert und sahen sich gezwungen, Verstärkung zu rufen. Während GastgeberInnen und Gäste weiter feierten - jetzt sogar wunschgemäß ohne Musik - rückte diese in mehreren Mannschaftswagen an. Mit gezogenen Schlagstöcken betrat sie das Haus. Gäste wurden unsanft aus dem Weg gestoßen, einer der sich verbal widersetzte, mit dem Schlagstock in den Schwitzkasten genommen und abgeführt. Festgenommen wurde dann plötzlich jeder, der es wagte, an der Rechtmäßigkeit der Vorgehensweise zu zweifeln. Als Antwort auf die Aufforderung, Name und Dienstnummer anzugeben, bekam ein weiterer Gast Pfefferspray ins Gesicht. Willkürlich wurden so - nach beipiellloser Eskalationsstrategie - mehrere Leute festgenommen: unter anderem eine junge Frau, die sich mit geücktem Personalausweis nach dem Sachverhalt erkundigen wollte. Als sie kurz darauf

gefesselt am Boden lag, hetzte der Hundeführer den auffällig aggressiven Polizeihund auf sie, mit den Worten: „Der will nur spielen.“ Die Bisswunden im Bauchbereich konnten erst nach fast zehnminütigem Polizeigewaltsam im Krankenhaus behandelt werden. Auch weitere Gäste und Festgenommene erhielten Bisswunden: Ein Polizist drehte einem Gast bei der Festnahme den Arm auf den Rücken und bot ihm dem Hund zum Beißen an, der nicht zögerte. In einem der mittlerweile voll besetzten Gefangenentransporter wurde ein Gefangener von mehreren Beamten mit Pfefferspray besprüht, um ihn „ruhig zu stellen“; die anderen Gefangenen gerieten in Panik. Das Fahrzeug wurde leicht beschädigt. Die PolizistInnen begannen nun, mit der

Service-Oase AStA

Eines der Hauptanliegen und auch eine der Hauptaufgaben eines AStA ist die Beratung der ihm anvertrauten und ihm vertrauenden Studierenden. Seit vielen Jahren bewährt haben sich beim Bochumer AStA die BAföG- und die Rechtsberatung. In letzter Zeit mehrten sich besonders bei der Rechtsberatung Fragen hinsichtlich der Einführung von Studiengebühren zum Sommersemester 2004. Der AStA möchte auch hier helfend zur Seite stehen und richtet ab sofort eine extra Sozialberatung ein. Da die Verfahren für alle neu sind, müssen individuelle Wege zur Sicherung und Ausschöpfung der Bonusguthaben gesucht werden, um im besten Fall Studiengebühren vermeiden zu können. Doch da nicht nur das Private politisch sondern auch das Soziale mehr als Studiengebühren ist, hilft euch die Sozialberatung auch in vielen anderen Fragen, wie der Unterstützung bei amtlichem Schriftverkehr für ausländische Studierende, Hilfe in finanziellen Notlagen und kurzfristige Unterstützung in Krisenzeiten. Die Sozialberaterin ist Montags von 14-18 Uhr und Mittwochs von 13-17 Uhr im Raum 16 des Studierendenhauses für euch da.

Und schon wieder neue Gifte – Ruhr-Uni

Sicherlich hat sich jeder schon mal über die Farbe des Trinkwassers an der RUB gewundert. Mitte September sah sich das zuständige Dezernat förmlich veranlasst, diese Farbgebung genauer zu untersuchen. Erneut dauerte es eine Weile bis die Ergebnisse bekannt wurden und mal wieder sah das besagte Dezernat keine Veranlassung den AStA zu informieren. Aber wie auch im Fall der PCB-Belastung sicherte das Gutachten über Drittquellen zum AStA. Die braune Farbe ist Eisen, der zulässige Grenzwert wird teils um Faktor 10 überschritten. Etwas prekärer ist der zu hohe Blei-Gehalt des Wasser. Nickel-Verunreinigungen treten immerhin nur vereinzelt auf. Entwarnung kann bei Arsen und Cadmium gegeben werden. Aber es gibt ja noch weitere Giftstoffe, die sich an der RUB finden lassen könnten.

Nazis zittern vor der Antifa

Am Samstag konnte ein NPD/JN-Stand in der Bochumer Innenstadt erfolgreich gestört werden. Rund 20 Nazis, allen voran der NPD Kreisvorsitzende Carsten Röhmild, verteilten unter der Überführung City-Point/Drehscheibe diverse Flugblätter, Broschüren und Aufkleber der NPD/JN. Außerdem sammelten sie Unterschriften mit der Forderung: „Todesstrafe für Kinderschänder“. Kurze Zeit darauf fanden sich spontan rund 50 Antifaschistinnen ein. Geschickterweise umzingelten sie den Stand so eng, dass die Nazis ihre Propaganda kaum noch kundtun konnten. Die Nazis reagierten darauf äußerst gereizt. Sie waren sichtlich überfordert mit der Situation und konnten nichts Entscheidendes gegen die Spontanblockade unternehmen. Auch am Bochumer NPD-Kreisvorsitzenden Carsten Röhmild ging die Aktion nicht spurlos vorbei. Sichtlich erregt zitterte er am ganzen Körper. Gleichzeitig wurden Reden übers Megaphon gegen die Nazis gehalten, die auch bei vorbeigehenden Passantinnen rege Zustimmung hervorriefen. Viele von ihnen blieben wohlwollend stehen und beteiligten sich an der Aktion. Unter begeisterten Jubelrufen wie „Nazis verpist Euch, keiner vermisst Euch!“ oder „Nie wieder Deutschland!“ sowie lautem Applaus, räumte dann gegen 14 Uhr die NPD resigniert ihren Stand und zog sichtlich gefrustet ab. Die wieder verstärkten Bemühungen Bochumer Neonazis, Fuß zu fassen haben trotz der erfolgreichen Störung einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. So waren schon in den Wochen zuvor verstärkt Aufkleber der NPD/JN in der Innenstadt zu sehen gewesen. An den Wochenenden verunsichern wieder größere Gruppen Nazis das Bochumer Nachtleben. Auffällig ist dabei, dass einige von ihnen rein äußerlich nicht dem gängigen Nazi-Klischee entsprechen. So gesellen sich unter den altbekannten Nazis auch Mitglieder der Darkwave und Darkmetalzene. Beispielsweise tragen sie Pullover der rechten Black-Metal-Band „Burzum“, die unweigerlich zu Antisemitismus/Rassismus aufruft. Bei genauerer Betrachtung tragen auch diese Personen eindeutige Nazismbole oder weniger bekannte, wie altgermanische und heidnische Symbole, die ebenfalls gerne von Nazis benutzt werden.

Nach der heutigen Störung sollten die Nazis wissen, dass es ihnen auch weiterhin nicht einfach gemacht wird, auch nur einen Infostand aufzustellen und dass der heutige Protest nur ein Vorgeschmack auf weitere Antifaschistische Aktionen war.

Zum Antisemitismus bei Martin Hohmann Dumm und dummer

Zehn Wochen ist es nun her, dass der ominöse hessische CDU-Abgeordnete Martin Hohmann vor ca. 150 seiner AnhängerInnen im hessischen Neuhaus die inzwischen berühmte Rede zum so genannten „Tag der deutschen Einheit“ gehalten hat, und es vergeht kein Tag, in dem in den Medien nicht irgend etwas hierzu oder über rechtsradikale Äußerungen anderer CDU-Politiker (bzw. eines gewissen Brigadegenerals) zu lesen oder hören ist.

Hohmann hat eine Rede gehalten, die vor rechtsradikalen und vor allem antisemitischen Stereotypen nur so trieft. MigrantInnen, Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen sind für ihn „Schmarotzer“, die auf Kosten der „normalen Deutschen“ leben. Diese würden schlechter behandelt als die „AusländerInnen“ und die Jüdinnen und Juden, die sowieso schon genug Entschädigung gezahlt bekämen. Schließlich versteigt sich Hohmann dazu zu behaupten, man könne die Juden als „Tätervolk“ bezeichnen, mit der Begründung, viele von ihnen seien in die russische Revolution verstrickt gewesen, der Kommunismus sei eh eine „jüdische Ideologie“. Dabei scheut er nicht, sich auf eindeutig antisemitische Machwerke wie Henry Fords Schrift „Der internationale Jude“ zu berufen. Zum Schluss garniert er seine Rede noch mit der fadenscheinigen Aussage, die kommunistischen Jüdinnen und Juden seien gar keine wirklichen Juden mehr gewesen, da sie „ihre religiösen Bindungen gekappt“ hätten – ein plumper rhetorischer Trick, um nicht für den antisemitischen Charakter der Rede verantwortlich gemacht werden zu können. Insgesamt eine Rede, wie sie auch von einem NPD- bzw. JN-Funktionär hätte gehalten werden können.

Von seinen ZuhörerInnen bekam er für diese

Rede tosenden Beifall, niemand hat ihm widersprochen. Es ist auch nicht das erste Mal, dass Hohmann durch rechtslastiges Gebahren auffällt. Tatsächlich ist dieser seit längerem für Ausfälle gegen AsylantInnen, SozialhilfeempfängerInnen und Homosexuelle bekannt – in seinem Heimatort ist er gerade deswegen populär. Wer ihm widerspricht, wird ausgegrenzt.

Hohmann ist kein Einzelfall

Dass Hohmann mit seinen braunen Gedanken keineswegs alleine steht, zeigte sich schnell. Der Chef der Bundeswehr-Spezialeinheit KSK, Brigadegeneral Reiner Günzel, hatte nichts besseres zu tun, als in einem Anfall von unglaublicher Dummheit Herrn Hohmann einen Dankesbrief zu schreiben, in dem er diesem für seine „ausgezeichnete Ansprache“ und seinen „Mut zur Wahrheit und Klarheit“ dankte, was prompt zu seiner Entlassung führte. Und der sächsische CDU-Abgeordnete Henry Nitzsche tat sich mit der Äußerung hervor, in unseren „auf Pump finanzierten Sozialsystemen“ könne „der letzte

Ali aus der letzten Moschee“ Zuflucht nehmen, und überhaupt – einem Moslem würde „eher die Hand abfallen, als dass er sein Kreuz“ bei der CDU mache. Auch Nitzsche ist schon vorher durch rechtsradikale Äußerungen aufgefallen. Auch scheute er sich nicht, der bekanntermaßen rechtsextremen Jungen Freiheit ein Interview zu geben.

Keine Konsequenzen

Wer erwartet hätte, dass solche Äußerungen Konsequenzen wie etwa Partei- und/oder Fraktionsausschluss nach sich zögen, sieht sich getäuscht. Hohmann wurde lediglich vom Innen- in den Umweltausschuss strafversetzt, für Nitzsche gab es bisher gar keine Konsequenzen. Offenbar ist in der CDU-Führung die Angst viel zu groß, dass es für ein solches Verfahren keine Mehrheit gebe, weder in der Fraktion noch an der Parteibasis. Denn letzten Endes sprechen Hohmann und Konsorten nur das aus, was viele in der CDU tatsächlich denken. Und nicht nur dort. Niemand soll glauben, nazistisches Gedankengut sei auf die Anhängerschaft der CDU beschränkt. Tatsächlich gibt die Rede Hohmanns eine Denkweise wieder, die in der Bevölkerung weit verbreitet ist. Hohmann war lediglich so dumm, offen auszusprechen, was leider all zu viele denken. Mit öffentlicher Empörung hat er wohl nicht gerechnet – aus seiner hessischen Heimat ist er keinen Widerspruch gewohnt. Und hier liegt das eigentliche Problem. Das ist nicht die Rede Hohmanns, sondern dass das, was er sagt, von vielen Menschen geteilt wird. Aber das ist ja nichts Neues.

Die CDU bringt das in eine prekäre Lage. Schmeißt sie Hohmann raus, wird das bei großen Teilen ihrer Basis auf Missfallen stoßen, und es ist die Frage, ob es in der Fraktion für seinen Ausschluss überhaupt eine Mehrheit gäbe. Dementsprechend hat sie auch auf einen Rauschmiss Hohmanns verzichtet. Sie wird ihn behalten. Und hoffen, dass er nicht noch mehr solcher Reden hält.

mn

Die Partei, die Partei hat nimmer recht Fehl am Platz in Kundus und Bochum

Vom 17. bis 19. November inszeniert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands einen so genannten Bundesparteitag im RuhrCongress in Bochum. Alles ist ordentlich vorbereitet. Zusammen mit den Bochumer GenossInnen ist schon weit im Vorfeld geklärt worden, dass alles reibungslos über die Bühne geht. Besonders unerwünscht sind Proteste jedweder Art.

„Mit der Feuerwehr u. a. organisierten ver.di KollegInnen und Kollegen war angedacht, eine dreitägige Mahnwache vor dem Kongress Centrum in Bochum durchzuführen. Dieses ist aus organisatorischen Gründen nicht möglich, weil die SPD im Umkreis von zwei Kilometern von der Halle aus sowohl privates als auch städtisches Gelände komplett angemietet hat, inklusive des großen Kirmesplatzes und aller Wege.“ Dies schreibt ver.di in einem internen Rundschreiben an seine FunktionärInnen. Die demonstrationserfahrenen PolizistInnen waren da schon besser drauf. Bereits im Vorfeld hatte die Gewerkschaft der Polizei mit der Androhung einer einstweiligen Anordnung erreicht, dass die SPD ihre geplante Bannmeile nicht durchsetzen konnte.

Neben den beiden Gewerkschaften wird sich zum Parteitagabend am Montagmorgen ab 9 Uhr auch noch der „Bundeswehrverband“ unter die Demonstrationen einreihen. Damit alles schön fair ist, darf aber auch ein Vertreter der Bundesregierung den sozialen Kahlschlag von Rot-Grün verteidigen. Wer könnte das besser als „Verteidigungsminister“ Peter Struck. Er bekommt schließlich einen großen Batzen der Taler, die den RentnerInnen, Arbeitslosen oder Studierenden abgeknöpft werden. Er verteidigt die Deutschland AG dann quasi am Stadionring. Vorgesehener Redebeginn ist 10.30 Uhr.

Rendezvous im Stadtpark

Bereits am Sonntag trifft sich ab 10 Uhr im Stadtparkrestaurant das Parteipräsidium, der Parteivorstand und der Parteirat der SPD. Hierzu haben u. a. die Sozialforen aus Bochum und Umgebung zur Demonstration aufgerufen.

Aber auch das möchte die SPD am liebsten verhindern. Hier versuchen SozialdemokratInnen und Polizei allerdings nur einen 300 m breiten Bannkreis um das Tagungslokal durchzusetzen. Als die VeranstaltungsanmelderInnen im Gespräch mit der Polizei durchblicken ließen, dass wahrscheinlich so viele Leute kommen, dass selbst dann noch eine Menschenkette um die tagenden SPD-FunktionärInnen gebildet werden kann, wurde ein weiteres As aus dem Ärmel gezaubert: das Feiertagsgesetz NRW. Es verbietet grundsätzlich Veranstaltungen während der Hauptgottesdienstzeit, also bis 11 Uhr am Sonntag. Ausnahmen seien völlig ausgeschlossen, argumentierte der Chef des Sonderstabes der Polizei, Thieme. Sauber kopiert wurde eine Kopie des Gesetzes überreicht. Zufällig fehlte der Paragraph 10, der die Ausnahmen beschreibt, wie eine Sondergenehmigung zur Durchführung der Demonstration erlangt werden kann. Diese Sondergenehmigung ist inzwischen beantragt und die Demonstration wird am Sonntagmorgen ab 9 Uhr vor dem Stadtparkrestaurant und darum herum stattfinden.

Im schlimmsten Fall wird die Demonstration erst für 11 Uhr angemeldet und einige hundert DemonstrantInnen gehen schon zwei Stunden vorher im Stadtpark

spazieren, suchen schon einmal den Kundgebungsort oder wollen einfach nur Gerhard Schröder zuwinken.

Richtig groß dürfte dann die Demonstration am Montagabend werden. Hierzu wird mittlerweile von einigen Gruppen – wie z.B. von attac – bundesweit mobilisiert. Sie beginnt um 18 Uhr am Hauptbahnhof und führt durch die Innenstadt zum RuhrCongress. Hier möchte die Polizei etwas Stress machen und unbedingt verbieten, dass die Demonstrationroute durch die FußgängerInnenzone führt. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen bekommt also etwas Arbeit.

Nie hat seit 1945 eine Regierung in so kurzer Zeit so viele Schweinereien durchgesetzt wie die Schröder/Fischer-Kombo. Aber auch noch nie ist ein Parteitag der SozialdemokratInnen so aufgemischt worden, wie es in der nächsten Woche zu erwarten ist. Dabei hat die SPD immerhin eine lange Tradition. Wie schrieb Kurt Tucholsky schon vor mehr als 70 Jahren: „Es ist ein Unglück, daß die SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands heißt. Hieß sie seit dem August 1914 Reformistische Partei oder Partei des kleinen Übels oder Hier können Familien Kaffee kochen oder so etwas – vielen Arbeitern hätte der neue Name die Augen geöffnet, und sie wären dahingegangen, wohin sie gehören: zu einer Arbeiterpartei. So aber macht der Laden seine schlechten Geschäfte unter einem ehemals guten Namen.“

Petra Rekrem

Aktuelle Informationen zu den Protesten zum SPD-Parteitag gibt es im Web unter: <http://www.bo-alternativ.de/wer-hat-uns-verraten.htm>

Sobald das Verbot im HRG fällt

In Niedersachsen bald generelle Studiengebühren?!

Der Niedersächsische Wissenschaftsminister Stratmann hat öffentlich angekündigt, den Hochschulen in Niedersachsen die Erhebung von generellen Studiengebühren zu ermöglichen, sobald das Verbot genereller Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz (HRG) des Bundes fällt. Dieses steht von zwei Seiten unter Druck: zum einen durch Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht, zum anderen durch rot-grüne PolitikerInnen.

Letzte Woche, Donnerstagabend: Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kultur, Lutz Stratmann (CDU), gibt der Stiftungsuni Lüneburg die zweifelhafte Ehre seines Besuches, um Einzelheiten der anstehenden Fusion dieser Uni mit der Fachhochschule NON, ebenfalls in Lüneburg ansässig, kund zu tun. Bei dieser Gelegenheit hielt er vor der Universitätsgesellschaft und Hochschulmitgliedern einen Vortrag, in welchem er Leitlinien der anstehenden Reform schilderte. Dabei kündigte er so ganz nebenbei an, den niedersächsischen Hochschulen die Erhebung von allgemeinen Studiengebühren von bis zu 500 Euro pro Semester erlauben zu wollen. Einzige Bedingung sei ein Erfolg vor dem Bundesverfassungsgericht, bei welchem eine Klage mehrerer unionsgeführter Bundesländer gegen das Studiengebührenverbot im Hochschulrahmengesetz verhandelt wird. Diese Länder beharren auf dem Vorrang der Länder bei der Wissenschaftspolitik und fühlen sich vom Bund in ihren Rechten beschnitten. Die anwesenden Studierenden, deren VertreterInnen zuvor noch mit dem Minister in „guter Gesprächs Atmosphäre“ über Einzelheiten der Fusion sprachen, äußerten lautstark ihren Protest. Sie verwiesen auf die finanzielle Situation der Studierenden, die für viele ein Teilzeitstudium mit Nebenjob bedeute, die anstehenden Kürzungen bei den Studentenwerken, sowie die bereits überspannte Personaldecke der Universität, welche das Studium verzögert. Immerhin würden generelle Gebühren die Diskriminierung von sogenannten LangzeitstudentInnen beenden. Die zahlen bereits jetzt.

Proteste in Niedersachsen

Parallel zur unverhohlenen androhten Einführung von allgemeinen Studiengebühren kürzt die niedersächsische Landesregierung massiv im Bildungsbereich. Für den 12. November rufen die niedersächsischen SchülerInnen und StudentInnenvertretungen zu gemeinsamen Protesten mit den Hochschulbeschäftigten in der Landeshauptstadt Hannover auf. Die Landesregierung habe „die Hoch-

schullandschaft im Land Niedersachsen in eine Krise beispiellosen Ausmaßes gestürzt: Das sogenannte „Hochschuloptimierungskonzept“, hinter dem sich kaum mehr als blindwütiges Kaputtsparen verbirgt, schröpft die Etats der Hochschulen in unverantwortlicher Weise und nimmt ihnen auf Jahre hinaus grundlegende Gestaltungsmöglichkeiten“ heißt es in dem Aufruf. Die androhten Studiengebühren von 500 Euro pro Semester könnten „weder die verfehlte Politik der Landesregierung ausbügeln“, noch, wie von Minister Stratmann behauptet, „Qualität schaffen“. „Die Einführung von Studiengebühren wird - ungeachtet aller anders lautenden Behauptungen von Seiten der Verantwortlichen - lediglich auf das Ausleben Studierender mit wirtschaftlich schwächerem Hintergrund hinauslaufen. Es besteht die Gefahr, dass das Studium wieder ein teurer Luxus wird, der nur für junge Menschen aus gutsituierten Elternhaus möglich ist. Diese Politik ist inakzeptabel.“ Dem bleibt nur zuzustimmen.

Wer drin ist, hält die Tür zu

Es zeichnet sich ab: Wenn das Gebührenverbot im HRG fällt, werden nahezu alle Bundesländer der bereits bestehenden Gebührenregelungen für sogenannte LangzeitstudentInnen auf alle Studis ausdehnen. Und die Befürwortung des Gesetzes in den Kreisen der rot-grünen Regierungsparteien wackelt. NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück hat sich bereits für generelle Studiengebühren ausgesprochen, in der grünen Partei wächst die Befürwortung von „nachlaufenden Studiengebühren“. Dabei handelt es sich um Gebühren, die nach dem Studium abgestottet werden dürfen und AbsolventInnen als Schuldenberg

mit auf den Weg ins Berufsleben gegeben werden.

Als besonders widerliche Gegner des Gebührenverbotes profiliert sich in den letzten Wochen eine Gruppe von SPD-Abgeordneten, die sich selbst als jung deklariert. Dies soll wohl heißen: Sie haben ihr kostenloses Studium gehabt und noch keine Sprösslinge im studierfähigen Alter. Eine von ihnen hat übrigens 22 Semester studiert und hat sich ihre Karriere von den StudentInnen einer NRW-Uni bezahlen lassen, in Form einer Aufwandsentschädigung für AstA-Tätigkeit. Als Sprecher der ach so jungen oder einfach nur unverschämten Sozis tut sich der ehemalige Wissenschaftsminister von Niedersachsen, Thomas Oppermann, hervor. In der WDR 5-Sendung „Morgenecho“ verkündete er am 07. November 2003 zu der Frage, ob die Unis denn nach der Einführung von generellen Gebühren wenigstens mit besserer Ausstattung und Lehre würden aufwarten können: „Ja, mindestens dürfen die Etats der Unis, parallel zu solchen Gebühren, nicht gekürzt werden.“ Aber es darf auf keinen Fall weniger werden, denn die deutschen Hochschulen sind schon jetzt unterfinanziert.“ Und:

„Ich glaube, die Zeit ist reif. Ich hatte immer prognostiziert, dass im Jahre 2005 allgemeine Studiengebühren eingeführt werden, moderate Studiengebühren, 1.000,- Euro pro Semester als Höchstgrenze, und keineswegs überall.“

Gerd Krauß (ASTA-Referent für Hochschulpolitik)

Demos gegen den SPD-Parteitag in Bochum vom 16.-20. November
Infos unter www.bo-alternativ.de

Demo in Hannover am 12.11.03
Info unter www.asta-lueneburg.de
oder www.bildet-die-rettung.de



:bsztermine

Mittwoch 12. November

INPUT – Antifa-Themenabend

„Odin statt Jesus!“ – Extreme Rechte und „Neuheidentum“
Auf der Veranstaltung wird auf den ideologischen Zusammenhang zwischen „Neuheidentum“ und extremer Rechter eingegangen. Geschichte, Ideologie und heutige Bedeutung der zumeist im Hintergrund agierenden „neuheidentischen“ Gruppierungen werden verdeutlicht und die Funktion des „Neuheidentums“ für die extreme Rechte dargestellt.
19.00 Uhr, Linkes Zentrum „Hinterhof“, Corneliustr. 108, Düsseldorf

rote ruhr uni 2003

Michael Buckmiller: 80 Jahre „Marxismus und Philosophie“. Karl Korsch und der westliche Marxismus
19.30 Uhr, Kulturcafé an der Ruhr-Uni

Donnerstag, 13. November

Themenabend „Peru“ von amnesty international

mit einer Lesung des peruanischen Schriftstellers Melacio Castro
19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer, Raum 6

Mitgliederversammlung der Humanitären Cuba-Hilfe

20.00 Uhr, O2-Café, Wittener Straße/Alsenstraße

Freitag, 14. November

rote ruhr uni 2003:

Gerhard Scheit: Von der Nötigung, dialektisch und undialektisch zugleich zu denken. Adorno und Améry
19.30 Uhr, Kulturcafé an der Ruhr-Uni

Samstag, 15. November

Deutsche Opfermythen angreifen!

Antifaschistische Demo zum Volkstrauertag in Münster
Die Demonstration richtet sich konkret gegen die jährlich in Münster stattfindende Kranzniederlegung am Volkstrauertag durch Soldaten und Vertriebenenverbände, Burschenschaften, REPs, NPD, etc.
14.00 Uhr, Münster, HBF



rote ruhr uni 2003:

Irina Djasemy: „Productivegehalt kritischer Zerstörerarbeit“. Kulturkritik bei Karl Kraus und Theodor W. Adorno
19.30 Uhr, Kulturcafé an der Ruhr-Uni

Sonntag, 16. November

Kranzniederlegung und Kundgebung

an den Gräbern der ermordeten Bochumer AntifaschistInnen
11.00 Uhr, Haupteingang Friedhof Freigrafendamm

Montag, 17. November

Bochum sucht den Superstar

Die Karaoke Nacht im Kulturcafé
20.00 Uhr, Kulturcafé der Ruhr-Uni

Kolumbien: Versuchslabor des Neoliberalismus

Mit Edgar Paéz, internationaler Sekretär der SINTRAINAL
19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer, Raum 6

Dienstag, 18. November

Welt-Ordnungs-Krieg

Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung
Buchpräsentation mit Robert Kurz (Freier Publizist und Redakteur der Theoriezeitschrift „Krisis“)
19.30 Uhr, Zeche Carl, Essen

Fortsetzung von Seite 1

Villa Kunterbunt von Polizei gestürmt

Ausrede, jemanden suchen zu müssen, der sie bedroht habe, das gesamte Haus der Wohngemeinschaft zu durchkämmen. Sie hatten keine Hemmungen, Türen gewaltsam aufzubrechen, BewohnerInnen aus dem Schlaf zu reißen, ihnen die Bettdecken wegzuzerren oder an den Haaren zu ziehen, um sie zum Aufwachen

aufzufordern. Auch die Dachbodentür wurde aufgebrochen, Regale in Zimmern und auch der Keller durchwühlt. Besonders verängstigt wurde bei dieser Sturmung die elfjährige Tochter eines Gastes, die sich mittlerweile mit ihrem Vater versteckt hielt. Insgesamt fünfzehn Leute wurden festgenommen, von

denen sich sechs mit Hämatomen am ganzen Körper und Hundebisswunden nach dem Polizeigewaltsam ärztlich behandeln lassen mussten. Der letzte Verhaftete wurde erst am Montag Vormittag, nach mehr als 28 Stunden aus dem Polizeigewaltsam entlassen. Auf alle kommen jetzt Anzeigen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch, Beleidigung, Sachbeschädigung und Körperverletzung zu. Der Polizeibericht, der am Morgen des 3. Novembers in der WAZ einen verletzten Beamten und ein beschädigtes Polizeifahrzeug beklagt, ist eine Farce in Anbetracht dieser ungerechtfertigten, brutalen und menschenrechtsverletzenden Vorgehensweise der Polizei!

BewohnerInnen und Mitglieder der G.E.Heim e.V. + Freunde

Anzeige

Die Flohmarkthallen
haben di. & fr. geschlossen,

2nd STORE

aber
mo. 10–18 h, mi. 10–19 h, do. 10–18 h & sa. 10–15 h
jetzt online unter www.flohmarkthallen.de geöffnet!

Hermannshöhe 7 • 44789 Bochum • 0234/313191



Cherry, Cherry Lady

Kulturkritik bei Kraus und Adorno

„Der Productivegehalt kritischer Zerstörerarbeit“

Adornos „Arbeiten über Musik, Literatur und Kultur“, so Karl R. Popper, „all das ist wenig nach meinem Geschmack. Für mich lesen sie sich wie Imitationen von Karl Kraus, aber wie schlechte Imitationen, weil ihnen der Kraussche Sinn für Humor abgeht.“ Das, was er gemütvoll „Humor“ nennt und womit er wahrscheinlich meint, dass man Kritik nicht „zu vermissen“ und nicht „zu negativ“ üben solle, das ging dem „Antijournalisten“ (Thomas Mann) Karl Kraus, diesem „destruktiven Denker par excellence“ (7), bestimmt ab. Seine Rezeption von Vertretern der Kritischen Theorie ist bekannt; von Walter Benjamin, Max Horkheimer und Adorno liegen Arbeiten über Kraus vor, v.a. in Adornos Werk finden sich zahlreiche Bemerkungen und Bezugnahmen auf ihn. In der Studie von Irina Djasemy geht es darüber hinaus, nämlich um die Komplementarität des Denkens von Kraus & Adorno, um deren zentrale „Affinität“ (11).

Da hier und in diesen Tagen von Adorno häufiger die Rede ist, wollen wir uns diesmal auf Karl Kraus konzentrieren. Dieser gab von April 1899 bis Februar 1936 in Wien die Zeitschrift Die Fackel heraus, eine „Anti-Zeitung“ (323), die unregelmäßig und in stark variierendem Umfang erschien und die er ab Juni 1912 alleine schrieb. Hierüber kritisierte er das Kulturleben und die Politik, speziell Wiens, und besonders die Presse. Dabei ging er weiter als die liberale Kritik am Pressewesen; zur Beantwortung ihrer unlauteren Verknüpfung mit ökonomischen und ideologischen Interessen, der Zurückhaltung von Informationen zu besserer und schnellerer Verwertbarkeit und der Ausblendung und Beschönigung von Realität fügte er die Kritik ihrer „Form“ an sich (228). Ihr instrumenteller Sprachgebrauch beeinträchtigt die „Erfahrung am Wort“ (63) und damit die Fähigkeit zu kritischer Urteilsbildung. Erstarrte sprachliche Standards, die spezifische Reaktionen abrufen, lassen das Denken und die Assoziationskraft zur „Meinung“ und zur „Phrase“ gerinnen. Die Darstellung

der Ereignisse nimmt die Reaktionen der Rezipienten auf diese vorweg, indem sie sie über ihren eigenen Ausdruck standardisiert.

Djasemy führt umfassend und mit viel Material in das Werk Adornos & Kraus ein. Indem sie Sekundärliteratur miteinbezieht und kritisiert, korrigiert sie weitverbreitete Fehlinterpretationen, v.a. aber ermöglicht sie, die geistige Haltung, das Denken und den Kritikbegriff Adornos & Kraus' nachzuvollziehen. Sorgfältig arbeitet sie heraus, wie deren „Form von Kulturkritik zugleich sich von kulturpessimistischen Positionen abgrenzt“ (171). Sie kritisiert „mißlingende Zivilisation“ (53), nicht Zivilisation per se. Der auch von sonst reflektierten Interpreten erhobene Vorwurf der „Wissenschaftsfeindlichkeit“, „Aufklärungsfeindschaft“ und der Verherrlichung eines verloren geglaubten Ursprungs (Hans Mayer) lässt sich ebenso bei Kraus' Technikkritik nicht halten (110ff.).

Zwar bezeichnet Djasemy Die Fackel als „Gegenwelt“ (344), aber anders als George und Rilke flüchtete Kraus nicht „in einen scheinbar zeitfernen Ästhetizismus“ (250). Seine Sprachkritik ist „kein Selbstzweck“ (319). Über sie konnte er „an der Sprachkrise Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft“ ablesen (58). „Sprache ist, als Medium des Ausdrucks, in den realen gesellschaftlichen Zusammenhang verflochten, spiegelt gesellschaftliche Strukturen wider und unterwirft noch die scheinbar individuellste Regung in gewissem Maße der gesellschaftlichen Objektivität.“ Weil Erkenntnis aus und durch Sprache gewonnen wird, weil es keinen Gedanken ohne seine Versprachlichung gibt, so resümiert Horkheimer, ist „die Erfahrung eines jeden Einzelnen durch die Sprache, in der er sie macht, präformiert.“ Über die Deformation von Sprache konnte Kraus den Stand ideologischer Vergesellschaftung klassifizieren. Die intensivierte sich nach dem Ersten Weltkrieg. Der Kulturbetrieb der 20er Jahre ist ein „kulturelles Stadium zwischen der traditionellen bürgerlichen Kultur und der formierten Kulturindustrie.“ Kraus musste feststellen, dass diese alles vereinnahmen kann. Er nahm in dieser Zeit „zentrale Bestimmungen von Adornos Kritik der Kulturindustrie vorweg“ (255).

Kraus „erstellt eine umfassende Physiognomie der herrschenden Kultur, um sie in ihrer ganzen Untergangswürdigkeit faßbar zu machen“ (250), aber er stößt „immer dann

an eine Grenze, wenn zur eingehenderen Analyse eine Kritik der Gesellschaft vonnöten wäre“ (185). Adorno hatte die „ideologiekritischen Implikationen der in der Fackel geleisteten Kritik soziologisch reformuliert“ (69). Der „Mangel eines theoretischen Fundaments“ (20) verhinderte aber nicht theoretisch vollkommen richtige Einsichten. So lieferte der „politisch konfuse Kraus“ (254) ein bestechend scharfes Bild des autoritären Charakters (404ff.). Während Kraus aber „nur feststellen und verurteilen kann, ist es der Kritischen Theorie vermittels ihrer Kritik der Gesamtgesellschaft erst möglich, die Konstitution des falschen Bewußtseins zu erklären“ (321).

Das große, „komplexe Problem des Krausschen Verhältnisses zum Judentum“ (362), d.h. seine nicht seltenen, typisch antisemitischen Äußerungen, mit denen er, dem Hans Mayer deswegen „jüdischen Selbsthaß“ bescheinigte, „aus dem reichen Fundus der Wahnvorstellungen der Wiener Jahrhundertwende“ schöpfte und mit denen „Kraus seiner Kritik die Spitze abbricht“, indem er „jenem Ressentiment Konzessionen gemacht“ hat (Gerhard Scheit), werden von Djasemy nur zwischendurch behandelt. Zurecht aber macht sie darauf aufmerksam, dass Kraus wie Adorno die Bedeutung im Gegensatz zur Linken früh die Bedeutung der antisemitischen Bewegung erkannten.

Mit dem Nationalsozialismus konfrontiert verstummte Kraus zunächst. „Das Wort entschlief, als jene Welte erwachte“, die „Grenzen der Kulturkritik“ wurden deutlich: wo keine Kultur mehr ist, die Anspruch auf Wahrheit erhebt, wo Rationalität in Dienst des Irrationalismus tritt, da hat Kulturkritik nicht nur durch Gleichschaltung der Öffentlichkeit ihre Sphäre, sondern auch ihren Gegenstand verloren.

fake

Irina Djasemy: Der „Productivegehalt kritischer Zerstörerarbeit“. Kulturkritik bei Karl Kraus und Theodor W. Adorno. Würzburg: Königshausen + Neumann, 2002. ca. 440 S., EUR 44,-

Am Samstag, den 14.11. wird Irina Djasemy bei der Roten Ruhr-Uni 2003 im Kulturcafé an der Ruhr-Universität Bochum zum Thema ihres Buches sprechen.

Bisher dachten wir ja immer, der Inbegriff eines globalisierten Konzerns sei Coca-Cola. Das heißt unter anderem auch, dass man eigentlich davon ausgeht, dass alle Coca-Cola-Produkte überall auf der Welt wirklich gleich schmecken. Doch haben die GlobalisierungsmanagerInnen ihre Rechnung ohne das heimatische VerbraucherInnenschutzministerium gemacht. Denn, wenn schon die 80er Jahre an allen Ecken, Kanten, in allen H&Ms der Republik und natürlich auch im Fernsehen revivalt werden, dann soll das doch bitte auch für das gute, alte Cherry-Coke-Rezept gelten. Zwischendurch haben aber Frau Künst und ihre FreundInnen den ein oder anderen E-Farbstoff verboten. Das heißt, die Rezeptur musste verändert werden.

Früher war alles besser. Da gab es auch noch keine Vanilla-Coke, mit der alle Menschen ihren Durst löschen konnten, zumindest versuchsweise. Dafür gab es die kirschig fruchtige Cherry-Coke. Hätte sich Coca-Cola Deutschland doch besser an das alte SPD-Motto gehalten: „Wir werden nicht alles anders machen, dafür vieles besser!“ Dann hätten wir jetzt noch richtige Retro-Cherry-Coke und keine Vanilla-Coke bzw. vielleicht zumindest welche, die schmeckt. Aber Cola mit Vanille-Geschmack ist von der Kombination ja auch in etwa so verrückt wie die Kombination von Früchten mit Schokolade oder Wurst mit Marmelade. Doch da einige Menschen auch gerne Wurst mit Marmelade essen, hofften die Verantwortlichen bei Coca-Cola wohl, alle DrogenkonsumentInnen würde der Unterschied zwischen Vanillegeschmack und dem Geschmack von jahrzehntelang in einer Jauchegrube gelagerten Zuckeraustauschstoffen nicht auffallen. Dafür spricht, dass Vanilla-Coke in den Niederlanden und im Grenzgebiet zwischen Holland und der BRD bereits seit längerer Zeit auf keinem Einkaufszettel mehr fehlen darf. Vielleicht sind wir aber auch einfach nur zu konservativ. Denn auch in den USA scheint das neue Gebräu wirklich super anzukommen, im Internet haben sich bereits ganze Fanforen gebildet. Und die USA sind ja bekannt dafür, neue Trends zu setzen.

Bleibt nur, ein lautes „Oranje boven!“ anzustimmen, sich auf den Weg über die Grenze zu machen, und neben den Sachen, die man ohnehin immer da einkaufen muss (Stroopwafeltjes, Vla und Basilikum) auch noch den ein oder anderen Liter „echte“ Cherry-Coke einzupacken. Denn in Holland galt ja schon seit jeher das Motto: Nur eine Süßigkeit mit vielen Es ist eine gute Süßigkeit. Ob es da wohl noch die alten Hubba Bubba-Multifruit gibt? Eigentlich wäre das ein guter Anreiz, sich auf den Weg zu machen. Wer was gegen Globalisierung hat, kann ja auch hier bleiben oder nur wegen der anderen Sachen nach Holland fahren. Pepsi gibts schließlich auch hier, ja manche mögen ja sogar Aldis River-Cola...



:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Mona Beumers, Gerd Krauss, Jan Reinecke, Kristin Schwier
Redaktion dieser Ausgabe: Heiko Jansen (hai), Daniel Kloda (dek), Marc Nevries (mn), Tanja Tästensen (tas), Claus Witte (wc), Verena Witte (vw)
V.i.S.d.P.: Heiko Jansen (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3.000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

SPEISEPLAN

Gültig für die Woche vom Mi 12.11.2003 - Di 18.11.2003



Q-WEST, HZO, GB-RONDELL				ANGEBOTE DER CAFETERIEN	
STANDARD / VEGETARISCHE ALTERNATIVE / PRÄNENGERICHT / TAGES-TIP / NUDEL- / SALATTHEKE				Warme Snacks in GA, GB, NA, NC, SH	Kalte Snacks & Brötchen
MITTWOCH	PUTENGESCHNETZTES NACH GYROS ART (ÜBERKÜHLE) mit Tsatsiki-Dip, Krautsalat und Pommes frites	MIT FRISCHKÄSE GEFÜLLTE KARTOFFELTASCHEN mit Käsekräutersoße, Gemüse, Vollkorn-Reis	BROCCOLI-SCHINKEN-AUFLAUF mit Salat (als Salatbeilage)	AB DEM 2. NOVEMBER WIRD ES auch in den Cafeten ein REICHHALTIGES ANGEBOT AN warmen Snacks geben.	JEWELS AB 10:30 UHR Vitalbrötchen mit Camembert 1,20€
DONNERSTAG	PANIERTES SCHWEINE-SCHNITZEL mit Jägersoße, Blumenkohl und Bratkartoffeln	BAMI-MÉDAILLON MIT ASIASSOße , Rodeo-Mix mit Floridadressing und Vollkornmüdeln	ERBSEINTOPF MIT TRUTHAHNBRUCKWURST mit Baguette	Das jeweilige Tagesangebot erfahren sie vor Ort.	Dönerartesche... ...mit Feta 1,50€ ...mit Hähnchen 1,50€
FREITAG	SEELACHSFILLET IM KNUSPERMANTEL mit Remouladen-Dip, Salat und Kartoffelsalat	CHINASCHNITTE SHANGHAI mit Curry-Pfirsichsoße, Erbsen/Möhrengemüse und Vollkornreis	RIESEN-RÖSTI MIT BROCCOLI und Käse überbacken mit Gartensoße, Eisbergsalat mit French-Dressing		Laugenstange „Cordon Bleu“ 1,20€ Sesambrötchen mit Backfisch 1,40€
MONTAG	LAG BEI REDAKTIONSSCHLUSS LEIDER NOCH NICHT VOR. Bitte unter www.akafoe.de nachschauen	LAG BEI REDAKTIONSSCHLUSS LEIDER NOCH NICHT VOR. Bitte unter www.akafoe.de nachschauen	LAG BEI REDAKTIONSSCHLUSS LEIDER NOCH NICHT VOR. Bitte unter www.akafoe.de nachschauen		Pizza Bagle mit Thunfisch 1,60€ Mini-Baguette mit Tofu 1,60€
DIENSTAG	LAG BEI REDAKTIONSSCHLUSS LEIDER NOCH NICHT VOR. Bitte unter www.akafoe.de nachschauen	LAG BEI REDAKTIONSSCHLUSS LEIDER NOCH NICHT VOR. Bitte unter www.akafoe.de nachschauen	LAG BEI REDAKTIONSSCHLUSS LEIDER NOCH NICHT VOR. Bitte unter www.akafoe.de nachschauen		Joggingbrötchen mit Lachs 1,60€ Tagessuppe im täglichen Wechsel in Essschälchen (verzehrbare) 1,00€

Zugelassene Zusatzstoffe: (1) mit Konservierungsstoffen, (2) mit Antioxidationsmitteln, (3) mit Farbstoff, (4) geschwefelt, (5) geschwärzt, (6) mit Phosphat, (7) mit Milcheiweiß, (8) mit Süßungsmittel, (9) mit Geschmacksverstärker, (10) enthält eine Phosphorylierungsquelle, (11) gewachst, (S) Schweinefleisch, (R) Rindfleisch, (A) Alkohol